

18. Frankfurter Medienrechtstage 2022

Journalismus in Zeiten des Krieges

Veranstalter: Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) / Südosteuropa-Gesellschaft e.V. / Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. / mit freundlicher Unterstützung der Märkischen Oderzeitung
Hybrid: Frankfurt (Oder) und online via ZOOM, 13./14. Juli 2022

Bericht: Aaron Keffer, Frankfurt (Oder)

Zum achtzehnten Mal lud der Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) zu den Frankfurter Medienrechtstagen ein. Das diesjährige Thema war aus aktuellem Anlass „Journalismus in Zeiten des Krieges“. Nach der Begrüßung durch den Initiator der Frankfurter Medienrechtstage, Prof. Dr. *Johannes Weberling*, stellte das Präsidiumsmitglied der Südosteuropa-Gesellschaft Prof. Dr. *Claudia Weber* in ihrem Grußwort fest, dass gerade die Europäische Union vor dem Krieg Chancen verpasst hat, sich an den südöstlichen Teil Europas anzunähern. Dabei sei gerade das Balkangebiet immer wieder Schauplatz geopolitischer Machtkämpfe.

Erster Tag: Historische Einordnung des Ukrainekrieges

Am ersten Veranstaltungstag wurde der aktuelle Konflikt unter der Moderation von Prof. *Weberling* primär historisch eingeordnet. Prof. Dr. *Jan C. Behrends*, der am Leibniz-Zentrum für Zeit-historische Forschung in Potsdam forscht, analysierte die 1990er-Jahre und den Fall der Sowjetunion, welcher in Russland kaum zu strukturellen Änderungen führte. So wurde etwa der KGB umbenannt, jedoch nie strukturell verändert, was zum Aufstieg des KGB-Agenten Wladimir Putin führte. Prof. Dr. *Arnd Bauerkämper*, Historiker an der Freien Universität Berlin, beschäftigte sich mit der Zeitspanne von Putins Präsidentschaft und der damit einhergehenden „Gedächtnispolitik“ Russlands mit ihrer massiven Geschichtsklitterung, in deren Kontext zum Beispiel ein Gesetz gegen die Kritiker der nun geforderten positiven Geschichtsschreibung erlassen wurde, aufgrund dessen kritische Geister schikaniert und verfolgt werden dürfen. *Marie-luise Beck*, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestags für DIE GRÜNEN, fügte an, dass zu

wenige Politiker und Politikerinnen in Russland den Mut gehabt hätten, sich dem Westen anzunähern. Diejenigen, die es doch getan hätten, seien meist politisch verfolgt worden.

Die tschechische Journalistin *Zuzana Kleknerová* warnte vor massiven Hackerangriffen und aus Russland gestreuter Propaganda. Russische Hacker würden international gezielt Desinformationen verbreiten, um das demokratische System in Tschechien und anderswo zu destabilisieren. In der folgenden Podiumsdiskussion wurde vor allem *Bauerkämper* für seine Aussage, dass es durchaus rechte Strukturen in der Ukraine gäbe – die nationale Rechte holte in der Ukraine bei den letzten Wahlen zwei Prozent der Stimmen – und für seine Auffassung, dass der Begriff „Gedächtnispolitik“ durch den seiner Meinung nach passenderen Begriff „Geschichtspropaganda“ ersetzt werden sollte, kritisiert.

Zweiter Tag: Der Krieg aus Sicht der Medien

Am zweiten Tag wurde die Thematik aus medialer und medienrechtlicher Perspektive betrachtet. Nach der Begrüßung der Teilnehmer*innen durch die scheidende Präsidentin der Viadrina, Prof. Dr. *Julia von Blumenthal*, behandelten die ersten Vorträge die Frage, wie man Propaganda begegnen könne. Der Historiker und Journalist Dr. *Christian Booß*, der krankheitsbedingt vertreten werden musste, warnte in seiner vorgefassten Rede davor, dass auch in deutscher Berichterstattung zunehmend Fake News auftauchten. So wurde zum Beispiel am 11. Juli 2022 im ZDF-Morgenmagazin darüber berichtet, dass die Ukraine eine Gegenoffensive im Süden des Landes starten wolle. Einen Tag später wurde von einem Angriff auf die Stadt Cherson berichtet. Beide Meldungen stellten sich im Nach-

hinein als falsch heraus. Was man als Bestätigung des Credos der Medienrechtstage deuten konnte: Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst! Das Problem seriöser Berichterstattung sei einerseits die Schwierigkeit, an sichere Informationen zu gelangen, andererseits die sowohl von der Ukraine als auch von Russland in den eigenen Berichten geschönten Zahlen. Prof. Dr. *Johannes Ludwig* von der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg referierte über die Geschichte von Propaganda, die es historisch mindestens seit dem Dreißigjährigen Krieg gibt.

Als populäre Beispiele der Neuzeit nannte *Ludwig* die Golfkriege von 1991 und 2003: Nachdem eine falsche Krankenschwester die Desinformation gestreut hatte, irakische Soldaten würden kuwaitische Kinder aus den Brutkästen stehlen und töten, intervenierte die USA im Konflikt. Die vermeintliche Krankenschwester stellte sich später als Tochter des kuwaitischen Botschafters heraus. Auch die Begründung der USA für die Invasion im Irak 2003, dass der Irak über Chemiewaffen verfüge, kristallisierte sich später als Fake News heraus. Der Journalist *David Crawford*, der unter anderem für das Wall Street Journal schrieb, zeigte auf, dass mit Zeit und Energie für die Recherche Propaganda und Fake News entlarvt werden könnten. Als Beispiel nannte er seine eigenen Recherchen, für die er viele Meter von Stasiakten gelesen hat. Durch Beharrlichkeit, intensive Aktenrecherche und Gespräche mit diversen Behörden konnte er eine direkte Verbindung zwischen Putins Zeit als KGB-Agent in Deutschland und gemeinsamen Transaktionen mit der Dresdener Bank nachweisen.

Teresa Dapp, Ressortleiterin Faktencheck der Nachrichtenagentur dpa, gewährte einen Einblick in ihre Arbeit. So sei der Unterschied zwischen der Recherche und den Faktenchecks, dass bei Letzteren im Falle eines Zweifels nur einzelne Behauptungen und nicht der ganze Artikel geändert würde. In der Zeit von Social Media sei die Anzahl an Falschmeldungen drastisch gestiegen. Oft würden Bilder manipuliert, Interviewpassagen aus dem Zusammenhang gerissen oder Webseiten kreierte, die auf den ersten Blick wie seriöse Nachrichtenportale wirkten, diese allerdings nur imitierten. Aufgrund

der steigenden Zahl von Fake News habe die dpa unter anderem mit Twitter eine Korrektivinitiative ins Leben gerufen, welche unter Fake-Bildern eigene Kommentare oder Links aufführt, die diese als Fälschung identifizieren.

Um in Zukunft besser gegen gezielte Propaganda im Internet vorgehen zu können, schlug *Dapp* drei Dinge vor, um dieses Phänomen einzudämmen: Zum Ersten bräuchten besagte Bilder und Texte eine Erklärung, mit welcher Intention diese Desinformation gestreut wurde, zum Zweiten müssten Bürger*innen in puncto Medienkompetenz besser geschult werden, am besten von einer Initiative wie Correctiv. Zum Dritten bräuchte es im Allgemeinen eine resilientere, dialogbereite Gesellschaft.

Im Anschluss sprach Dozent und Journalist *Ivo Indzhov* über russische Propaganda in Bulgarien. Gerade wegen der historischen eher positiven Beziehungen zwischen Bulgarien und Russland stoße die russische Propaganda hier auf fruchtbaren Boden. So würden im bulgarischen Fernsehen immer wieder prominente Stars eingeladen, die pro-russische Narrative weitergäben, was von Russland mit bis zu 2.000 Euro Gage belohnt würde. In öffentlich-rechtlichen Sendern werde die russische Perspektive als alternativ deklariert. Trotz der Intervention der bulgarischen Regierung, welche bereits siebzug russische Diplomaten wegen Spionageverdachts auswies, könne man an den Umfragewerten ablesen, wie sich die Propaganda auf die Bevölkerung Bulgariens auswirke: Zehn Prozent der bulgarischen Bevölkerung seien pro-russisch eingestellt, 25 Prozent seien für den Krieg in der Ukraine und 21 Prozent glaubten nicht an die Informationen, die aus der Ukraine kommen. Auch *Indzhov* hält Schulungen in Medienkompetenz für sinnvoll. Zusätzlich verwies er auf in Bulgarien bestehende Initiativen, welche ukrainische Flüchtlinge für ihre Prävention russischer Propaganda auszeichnen.

Schwierigste Bedingungen für die Berichterstattung

Mittags war die Bühne für „Feldberichterstatter“ eröffnet: Journalisten und Journalistinnen berichteten von ihrem Arbeitsalltag in und um die Ukraine und wie der Krieg ihre Arbeit verändert hat. *Jan Jessen*, Journalist für die Neue-Ruhr-

Zeitung, berichtete, dass er teilweise aufgrund des Kriegsrechts nur eingeschränkten Zugang zu Informationen vor Ort habe und daher einen Vermittler bräuchte. Außerdem seien die Nachrichten einseitig. Auf ukrainischer Seite bekomme man fast nur die Perspektive der ukrainischen Regierung zu hören. Um in der Ukraine journalistisch arbeiten zu können, benötige man sowohl für die ukrainische als auch für die von Russland besetzte Seite eine Akkreditierung, welche in der besetzten Seite aber kaum zu erlangen sei.

Die Journalistin *Maria Shikolay*, welche für die ukrainische Zeitung *Katapult* schreibt, berichtete, dass sie seit der russischen Invasion mit siebzehn weiteren Medienschaffenden aus dem Ausland nun in Deutschland arbeite, weil gerade ukrainische Journalisten bevorzugte Ziele der russischen Armee seien. Aufgrund ihrer Orts- und Sprachkenntnis würden sie und ihre Kollegen und Kolleginnen zur Verifizierung von Informationen eingesetzt. *Nancy Waldmann*, Lokaljournalistin der Märkischen Oderzeitung *MOZ*, möchte eine humanitäre Brücke zwischen der Ukraine und Deutschland bauen. Zu diesem Zweck wurde ein Spendenkollektiv für Geflüchtete und für Hilfstransporte in die Ukraine eingerichtet. Mit Sorge beobachte sie die polnisch-ukrainische Grenze, da aufgrund des massiven Flüchtlingsstroms die Situation sehr unübersichtlich sei und es massive Probleme bei der Logistik für Hilfsgüter gebe. *Waldmann* berichtete über einzelne Leserbriefe, in denen sie von pro-russischen Bürgern und Bürgerinnen im Einzugsgebiet ihrer Zeitung wegen ihrer neutralen Berichterstattung angefeindet werde. Dies habe unter anderem mit der massiven wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Brandenburg und Russland zu tun.

Schutz für Medienschaffende in Kriegsgebieten

Im letzten Panel der Tagung wurde über die juristischen Möglichkeiten zum Schutz von Journalist*innen während des Krieges diskutiert. *Anne Fock*, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der *Viadrina*, referierte, dass im Falle von bewaffneten Konflikten die Betroffenen unter dem Schutz des

humanitären Völkerrechts stünden. Dabei gälten Kriegsreporter, die im Gegensatz zu normalen Journalisten eine Akkreditierung haben müssten, trotzdem als Zivilisten. Prof. Dr. *Gudrun Hochmayr*, Professorin für Strafrecht an der *Viadrina*, ergänzte die rechtliche Grundlage um die Frage nach der Strafverfolgung von Kriegsverbrechern. Die Strafverfolgungsbehörde des Völkerrechts, der Internationale Strafgerichtshof (IStGH), habe nur beschränkte Möglichkeiten. So liege die Hauptaufgabe für die Verfolgung von Straftaten bei den Mitgliedsländern des IStGH. In Deutschland verfolge der Generalbundesanwalt die Straftaten.

Christian Mihr, Geschäftsführer von Reporter ohne Grenzen, benannte seit der Ausweitung des Ukrainekrieges fünfzig Angriffe gegen Journalisten als Kriegsverbrechen. Acht Journalisten seien dabei ums Leben gekommen, dies werde als Angriff auf Zivilisten gewertet. Verbrechen gegen Journalisten in der Ukraine würden dokumentiert und dem IStGH vorgelegt. Reporter ohne Grenzen stattete in der Ukraine tätige Journalisten und Journalistinnen vor Ort mit Schutzausrüstungen aus. Prof. Dr. *Weberling* konstatierte abschließend, dass viele aktuelle Kriegsverbrechen in der Ukraine ungesühnt blieben. Um die Arbeit des IStGH nachhaltig zu unterstützen und dem Völkerrecht wirksam und schnell Geltung zu verschaffen, schlug *Weberling* vor, dass Kriegsverbrechen aufgrund des Weltrechtsprinzips ermittelt und verfolgt werden sollten, da die Ukraine dazu aktuell nicht in der Lage sei. Er schlug die Einrichtung einer Zentralen Ermittlungsgruppe für Kriegsverbrechen in der Ukraine vor, welche an das Büro des Generalbundesanwalts angeschlossen sein sollte. Die mit der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter für Verbrechen des SED-Regimes gemachten Erfahrungen würden nahelegen, dass auch im Falle des Ukrainekrieges die Arbeit einer solchen zentralen Ermittlungsgruppe insbesondere die verantwortlichen Generäle und Offiziere zur „Zurückhaltung“ ihrer Truppenteile motivieren würde, da sie ansonsten ihr Leben lang mit einer Strafverfolgung und Inhaftierung für die unter ihrer Verantwortung begangenen Kriegsverbrechen in der Ukraine rechnen müssten.